

Beschluss

des Landesparteitages vom 18.09.2009 in Bremen

Antragsteller: Landesvorstand

Angenommen: einstimmig

Ja: _____

Abgelehnt: _____

Nein: _____

Verwiesen an: _____

Enthaltung: _____

Präambel

Die Voraussetzung für das Überwinden auch schwieriger Situationen ist, dass wir gemeinsam anpacken – jeder an seinem Platz und jeder in der Wahrnehmung seiner Verantwortung.

1. Wirtschaft

In der derzeitigen Situation, die geprägt ist durch einer Vertrauenskrise in der Finanzwirtschaft und der daraus resultierenden Verknappung der Liquiditätszuflüsse an Unternehmen, halten wir eine Rückkehr der Politik zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft für zwingend notwendig.

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, wenn heutzutage behauptet wird, die Liberalisierung der Wirtschaft hätte zu den aktuellen Problemen geführt. Eine Hauptursache ist das Politikversagen in den USA, dass zu einer Überschwemmung des Finanzmarktes mit „billigem“ Geld geführt hat und zu den bekannten Blasen am Immobilienmarkt. Darum halten wir es für grundlegend falsch, nun nach einer Stärkung des Staates und weiteres Regulierungen zu rufen. In Deutschland kam es nicht zu derartigen Auswüchsen, eben weil Regulierungen vorhanden sind, die zumindest teilweise die dramatischen Probleme Amerikas abgewendet haben. Dennoch ist es so, dass gerade die staatsnahen Finanzinstitute, wie einzelne Landesbanken, trotz, oder wegen des Einflusses, der Politik von Versagen geprägt sind. Kontrollinstitutionen wie. z.B. das Bundesamt für Finanzaufsicht, konnten oder wollten die notwendigen Überprüfungen nicht in der Form wahrnehmen, die notwendig gewesen wären um den Finanzkollaps vorherzusehen. Daneben gibt es Banken, die in vielen Fällen mehr Augenmaß besessen haben und wie z.B. die Bremer Landesbank, Finanzprodukten, die Sie nicht verstehen, nicht vertrauten.

Noch einmal: die Antwort auf die Krise kann nicht sein, die Fehler der Politik zu wiederholen und den Anschein aufrechtzuhalten, der Staat hätte Lösungen für die Probleme. In vielen Fällen ist der Staat die Ursache oder zumindest Teil des Problems.

Dies vorausgesetzt ergeben sich für Liberale Prämissen politischen Handelns in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik, die in der Aussage: „So wenig Staat wie möglich, soviel Staat wie nötig“ zusammengefasst werden können.

Wir Liberale fordern einfache, verständliche und allgemeingültige Regeln, die durchgesetzt werden. Wir fordern die Abkehr von einer überbordenden Einzelfallregelung, von einem immer schwerer durchschaubaren Regulierungsdickicht, von leistungshemmenden oder gar leistungsbefahenden Regeln und Gesetzes.

Im Hinblick auf die in der letzten Legislaturperiode erlassenen Gesetze halten wir folgendes für notwendig:

- Wir fordern die Rücknahme der Erbschaftssteuerreform der schwarz-roten Koalition.
- Wir fordern die Rücknahme des Entsendegesetzes und die Überarbeitung des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes um so den Mindestlohn durch die Hintertür zu verhindern. Durch diese Gesetze entsteht ein hermetisch abgeschlossenes System, das keine Fluchtmöglichkeiten lässt: Greift das eine Gesetz mangelnder Tarifbindung nicht, gilt eben das andere. Die letzte Entscheidung trifft entweder das Parlament oder das Kabinett, nie aber bleibt sie bei den Tarifpartnern.
- Wir fordern die Rückkehr zur Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge erst nach Monatsende. Dies führt zu einer sofortigen Entlastung der Unternehmen und einem wirksamen Liquiditätszufluss.
- Wir fordern die Überprüfung der Aufgaben der Sozialversicherungsträger, der Berufsgenossenschaften und der Kammern. Vielfach wurden von ihnen Aufgaben übernommen, die mit dem ursprünglichen sinnvollen Zweck wenig oder nichts mehr zu tun haben. Die erheblichen Kosten haben die Unternehmen und die Arbeitgeber, letztendlich aber über die Preise jeder Kunde und über die Sozialabgaben die Arbeitnehmer zu zahlen.
- Wir fordern die Überprüfung der Angemessenheit der Umweltgesetzgebung und der Durchführungsrichtlinien. Liberale sind gegen kostenlosen Umweltverbrauch. Wir kommen aber bei der Abwägung von übertriebenen Umwelt- und Wirtschaftsbelangen regelmäßig zu Ergebnissen, die auch berechtigten wirtschaftlichen Anliegen Raum lassen. Deutschland ist eine Industrienation. Dies ist die Basis unseres Wohlstandes und der darauf aufbauenden Dienstleistung.
- Wir fordern wirklichen Bürokratieabbau und keine Placebos wie Normenkontrollräte oder Mittelstandsförderungsgesetze.
- Wir fordern eine Unternehmenssteuerreform, die leistungsfördernd ist.
- Wir fordern eine wirksame Entschlackung des Arbeitsrechtes. Nur so kann die deutsche Wirtschaft ihre Produktivkräfte entfalten. Länder wie Dänemark führen uns vor und zeigen, wie z.B. die Änderung des Kündigungsgesetzes in Verbindung mit professioneller Arbeitsvermittlung zu Zufriedenheit bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern führen kann. Ein Teil der Arbeitslosigkeit in Deutschland resultiert aus der Tatsache, dass Firmen nicht einstellen, weil die Angst vorhanden ist, notwendige Anpassungen aufgrund der Wirtschaftslage oder wegen der persönlichen >Mängel von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht vornehmen zu können, ohne langwierige teure Arbeitsgerichtsverfahren zu erleiden.
- Wir fordern bessere Möglichkeiten, Tarifentscheidungen stärker auf die betriebliche Ebene zu verlagern. Betriebliche Bedürfnisse müssen gesetzlich abgesichert werden, Allgemeinverbindliche Erklärungen sollten aufgehoben werden. Das Günstigkeitsprinzip ist dahingehend zu ändern, dass betriebliche Vereinbarungen gelten, wenn 75 % der abstimmenden Mitarbeiter zugestimmt haben.

2. Steuern

Das Steuermodell der FDP: Einfach - Niedrig – Sozial

Die Währungsreform von 1948 befreite die Bürger und Unternehmen von extremer staatlicher Gängelung (Lebensmittelmarken, Handelsbeschränkungen, etc.) und ermöglichte eine Explosion von individueller Aktivität, Initiative, Kreativität und Einsatzbereitschaft. Das führte zu dem in aller Welt bewunderten deutschen Wirtschaftswunder.

Das Steuerprogramm der FDP will den Bürgern mehr Nettoeinkommen und in der Folge mehr Freiheit für eigene Leistungserträge geben – und die staatliche Verteilungspraxis und Bevormundung eindämmen. Dies wird ebenfalls ein neues starkes Wirtschaftswachstum und die Schaffung

neuer Arbeitsplätze bewirken. Zusätzliche Arbeitsplätze sind gleichzeitig die beste Sozialpolitik und tragen entscheidend dazu bei, Neuverschuldung zu vermeiden und die Altschulden allmählich abzubauen. Daneben dienen sie dem Selbstfinanzierungseffekt, der neben dem Abbau von Subventionen, der Reduzierung des öffentlichen Apparates und vielen weiteren Maßnahmen der Gegenfinanzierung des FDP Steuermodells dienen.

Die FDP steht für eine Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, begründet in der Überzeugung, dass die Erzielung eines existenzsichernden Nettoeinkommens weitere Transfereinkommen überflüssig macht. Wer trotz eigener Anstrengung kein solches Einkommen erreicht, hat Anspruch auf Unterstützung durch die Gemeinschaft, denn ihm können weder Steuersenkung noch Mindestlöhne helfen.

Somit ist die liberale Antwort auf soziale Bedürftigkeit das Bürgergel, ein Anspruch des Bürgers gegenüber dem Staat, in dem alle gesetzlichen Transferleistungen transparent, leistungsfördernd und verwaltungsvereinfachend zusammengefasst sind.

Besteuerung der Bürger

Für die Besteuerung von Einkommen ist das Modell der FDP ein Stufentarif mit den Stufen 0% (Jahreseinkommen bis 8.000 €), 10% (bis 20.000€), 25% (bis 50.000 €) und 35% (für alle Einkommen über 50.000 €).

Um die inflationsbedingte Verminderung der Nettoeinkommen (kalte Progression) zu verhindern, wird der Steuertarif in regelmäßigen Abständen überprüft und ggf. angepasst.

Das Steuermodell der FDP bewirkt eine Vereinfachung der steuerbegünstigt abzugsfähigen Kosten und Sonderausgaben, ebenso wie die volle Abzugsfähigkeit sämtlicher Beträge zur sozialen Absicherung bis zur Beitragsbemessungsgrenze.

Grundsätzlich werden Familien stärker entlastet: Das Ehegattensplitting wird erhalten bleiben und auch für eingetragene Lebenspartner gelten. Für eine vierköpfige Familie wird ein Jahreseinkommen von bis zu 40.700 € steuerfrei sein; darüber hinaus werden Kinderbetreuungs- aber auch Pflegekosten von bis zu 12.000 € im Jahr absetzungsfähig sein.

Auch sieht das Modell den Wegfall der Reichensteuer vor.

Die Länder erhalten ein Sonderzuschlagsrecht von bis zu 5% auf die Einkommensteuer (im Gegenzug entfällt der Basissteuersatz von gegenwärtig 19%). Der Solidaritätszuschlag soll stufenweise abgebaut werden und ab 2019 entfallen.

Besteuerung der Unternehmen

Die Steuerbelastung deutscher Unternehmen wird, um deren (internationale) Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden, das durchschnittliche Besteuerungsniveau der entwickelten Industrieländer nicht überschreiten. Gerechte Unternehmenssteuern müssen gegenüber den Rechtsform-, Finanzierungs- und Umstrukturierungsentscheidungen neutral sein.

Die FDP hat hierzu ein Unternehmenssteuermodell mit grundsätzlich zwei Stufen vorgelegt, das unter Einbeziehung aller Aspekte zu einer international wettbewerbsfähigen Gesamtbelastung der unternehmerischen Einkünfte von ca. 29 % führt.

Aktuell versucht der Staat mit neuen Schulden in Milliardenhöhe Investitionen anzuregen, verteuert sie aber gleichzeitig mit den leistungsfeindlichen Gegenfinanzregelungen der kürzlich vollzogenen Unternehmenssteuerreform, die grundsätzlich in Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit notwendig war.

Daher fordert die FDP:

- Linderung der Zinsschranke im Körperschafts- und Einkommensteuergesetz (vgl. Detailbeschlüsse)
- Beim Umwandlungssteuergesetz sollen verrechenbare Verluste, Verlustvorträge, Abzugs- und Zinsvorträge nicht untergehen.
- Die steuerliche Absetzbarkeit von geringwertigen Wirtschaftsgütern soll von derzeit 150 € auf 1.500 € erhöht werden.
- Die degressive Abschreibung wird zeitlich unbefristet wieder eingeführt.
- Abschaffung der Gewerbesteuer, zunächst jedoch die Rücknahme der Ausweitung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer (im Rahmen der Unternehmensteuerreform ausgeweitet, u.a. auf Zinsen, Mieten, Pachten, Leasingraten).

Konsolidieren der Staatsfinanzen

Die FDP sieht sowohl für den privaten Bereich wie für Körperschaften durchgreifende, leistungsfördernde Steuererleichterungen vor, die aber nicht zu Lasten späterer Generationen finanziert werden dürfen. Entsprechend hat die FDP immer wieder ein Neuverschuldungsverbot für Bund und Länder verlangt. Damit geht die Forderung nach einem entschlossenen Abbau und letztlich dem Stopp staatlicher Subventionen einher.

Die föderale Struktur Deutschlands bietet durch den möglichen Wettbewerb zwischen den Bundesländern die Chance, die beste Lösung für politische und wirtschaftliche Probleme zu finden. Die FDP tritt daher dafür ein, allein Gebietskörperschaften zusätzliche Kompetenzen nach dem Subsidiaritätsprinzip zu gewähren (z.B. mehr Steuerautonomie).

Das leistungsfeindliche, nivellierende System des horizontalen Länderfinanzausgleichs sollte abgeschafft werden und durch vertikale Bundeshilfen ersetzt werden, sofern diese zwingend erforderlich sind.

Steuererleichterungen bei Bürgern und Unternehmen führen zu sofort verfügbarer zusätzlicher Kaufkraft und damit wirtschaftlicher Aktivität. Verringerung von Erwerbslosigkeit und neue Investitionen bringen durch höhere Steuereinnahmen und sinkende Sozialausgaben einen doppelten positiven Effekt für den Staatshaushalt.

Weiter wird sich die FDP einsetzen für

- die Anwendung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf Energie, Medikamente und für die Hotellerie und das Gaststättenwesen wie in anderen europäischen Ländern
- eine leistungsfördernde Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden
- die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, das Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften am >Ort des Geschehens und der Entscheidung sowie deren Folgewirkungen transparent macht.

Die Bremer FDP setzt sich insbesondere dafür ein, die Finanzen des Landes Bremen auf solide Beine zu stellen. Hierzu bedarf es der bereits aufgelisteten leistungsgerechten Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Daneben erwarten und fordern wir Bremer Liberale aber die Eigenanstrengungen der Freien Hansestadt Bremen zu forcieren.

Wir fordern insbesondere:

- Einen Kassensturz für die Freie Hansestadt Bremen um die wahre Verschuldung, aber auch die Vermögenswerte transparent darzustellen.

- Eine parlamentarische Initiative zur Strukturreform vom Parlament, Senat, Deputationen
- Eine deutliche Verschlinkung des „öffentlichen“ Apparates inkl. Der Eigenbetriebe
- Den Verkauf von Eigentum und Eigentumsanteilen an städtischen Gesellschaften
- Keine Sozialleistungen, die über die gesetzlichen vorgegebenen hinausgehen.

Die Bremer FDP und andere liberale Organisationen weisen seit Jahren auf diese Thematik mit konstruktiven Vorschlägen hin. Wir verstehen dies als notwendige Voraussetzung zum Erhalt der Selbstständigkeit unseres Bundeslandes.

3. Bildung

Bildung und Erziehung vom Kindergarten bis zum Renteneintritt und ggf. darüber hinaus sind grundlegende Voraussetzungen einer stark arbeitsteilig organisierten, global erfolgreichen und vernetzten Wirtschaft. Dabei betrachten wir Liberale Bildung keineswegs nur als Mittel zum Erreichen einer Berufsfähigkeit sondern nach nach wie vor als notwendig um Menschen die Möglichkeit sozialen Aufstiegs zu verschaffen und dem Bild des humanistisch geprägten, interessierten mündigen Bürgers nahe zukommen. Gut gebildete und informierte sind eher bereit und fähig die Verantwortung für ihr eigenes Leben zu übernehmen, ohne hierfür den Staat zu bemühen. Dieses ist gerade für Liberale von Bedeutung.

Im globalen Wettbewerb ist unser Land als rohstoffarmes Land auf die Fähigkeiten seiner Bürger angewiesen. Trotz nach wie vor, zwar gering aber immerhin, steigendem Wachstum und der Bezeichnung als Exportweltmeister, fällt es immer schwerer, diese Spitzenposition zu halten. Unser Vorsprung, z.B. in der Technik schmilzt.

Schulen, von der Grundschule bis zur Universität, sollten aber auch dem entsprechend angemessen ausgestattet werden.

Ziel sollte es sein, das die Schüler nach ihrer Schulpflicht zumindest die Grundfertigkeiten wie Rechnen, Lesen und Schreiben beherrschen. Daneben sollte, in Abhängigkeit der persönlichen Möglichkeiten und Fähigkeiten, ein profundes Grundlagenwissen entwickelt sein, dass die Einarbeitung in speziellen Thematiken des angestrebten Berufes ermöglicht. Die Absolventinnen und Absolventen der jeweiligen Bildungsstufe müssen mit Vertrauen in die eigenen Chancen und Möglichkeiten versehen werden, um die Leistungsbereitschaft zu fördern.

Daneben halten wir es notwendig, in den Schulen und Institutionen ein Klima herzustellen, das Innovation und technischen Fortschritt bejaht. Die Erfindungskraft der Menschen in Deutschland ist die Basis unserer wirtschaftlichen Erfolges, nicht das ewige Zetern, Schlecht reden und Bedenken tragen. Während wir in Deutschland über die möglichen Folgen von Technologien und Techniken debattieren, werden die in anderen Staaten verwirklicht.

4. Infrastruktur

Wirtschaft benötigt eine funktionierende, verlässliche und kostengünstige Infrastruktur.

Daher fordern wir:

- Die Umsetzung bestehender Beschlüsse zum Ausbau des Straßen-, Schienen-, Wasserwege- und Luftnetzes in Deutschland
- Die Überprüfung der Angemessenheit der gesetzlich vorgegebenen Einspruchsmöglichkeiten

Zum Beispiel ist die See-, Küsten- und Binnenschifffahrt in Verbindung mit der Hafenlogistik, den Hinterlandanbindungen über Schiene und Straße und den Umschlags- und Veredelungsbetrieben ein

wesentlicher Wirtschaftsfaktor in Bremen und Bremerhaven. Bremen leidet nicht zuletzt aus der Funktion der Häfen, die allen deutschen Bundesländern zugute kommt, den Anspruch ab, als eigenständiges Bundesland zu bestehen.

Deutschland ist als Exportland und als Land in der Mitte Europas auf eine gute funktionierende Verkehrsinfrastruktur angewiesen.

Vor dem Hintergrund, dass unter Kosten und Umweltgesichtspunkten dem Binnen- und Küstenverkehr eine höherer Priorität eingeräumt werden soll, müssen daher bestehende Hemmnisse zum Ausbau dieser Verkehrsträger beseitigt werden. Damit meinen wir z.B. die übertriebene Zolldokumentation, die die Küstenschifffahrt durch eine im Vergleich zum Straßenverkehr aufwendige Zolldokumentation und vermeidbaren administrativen Aufwand verteuert.

Die Bremer FDP ist eine moderne Großstadtpartei. Sie erkennt die Notwendigkeit des Umweltschutzes um die guten Lebensbedingungen in Bremen für die Bürger zu erhalten.

Die seit Jahrzehnten insbesondere durch sozialdemokratisch dominierte Koalition vollzogene Regierungspolitik Bremens führt jedoch in eine Sackgasse. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer, das teuerste Bildungssystem mit den schlechtesten Ergebnissen, ein öffentlicher Apparat so groß wie der der Europäischen Union und vor allem die Perspektiv- und Konzeptlosigkeit des amtierenden Senats sind dafür Beispiele.

Wenn man eine Sackgasse verlassen will – muss man umdrehen!

D.h. Für uns insbesondere, in unseren Heimatstädten Bremen und Bremerhaven eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die attraktiv für Unternehmen ist.

Erfolgreiche Unternehmen jeder Größe vom Kleinst gewerbetreibendem bis zum global agierendem Industriebetrieb sind die Basis für Arbeitsplätze, für Wertschöpfung, für Steuereinnahmen und schließlich für den Selbstwert der beschäftigten Menschen und Wirtschaftswachstum.

Diese einfache, aber unzweifelhaft richtige Aussage muss leider zu häufig in Bremen wie auch in Deutschland wiederholt werden.

Die FDP macht Politik für Menschen in Deutschland. Ideologie frei, mit Vernunft, Augenmaß und Tatkraft.

Deutschland kann es besser – Bremen und Bremerhaven können es besser – darum am 27. September FDP wählen.

